

## 1. Lesung Bundeshaushalt 2008

### Haushalt ohne Neuverschuldung in Sicht

**Mit der Einbringung des Bundeshaushaltsentwurfs 2008 in die parlamentarischen Beratungen setzt die große Koalition ihren erfolgreichen Konsolidierungskurs konsequent fort. Solide Staatsfinanzen sind kein Selbstzweck, sondern Grundlage für die Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates. Erklärtes Ziel ist ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden. Dieses Ziel kann spätestens 2011 erreicht werden.**

#### Erfolgreiche Doppelstrategie

Die Doppelstrategie der unionsgeführten Regierungskoalition aus Konsolidierung und Wachstumsförderung trägt erkennbare Früchte.

Nachdem die Neuverschuldung im laufenden Bundeshaushalt um über ein Drittel gegenüber dem Jahr 2006 gesenkt werden konnte, sinkt die Nettokreditaufnahme im nächsten Jahr weiter auf dann 12,9 Mrd. Euro. Dies ist der niedrigste Wert seit annähernd 20 Jahren.

Zugleich liegt das jahresdurchschnittliche wirtschaftliche Wachstum in den Jahren 2006 bis 2008 voraussichtlich viermal so hoch wie in den drei Jahren zuvor.

#### Wachstum und Beschäftigung haushaltspolitisch flankieren

Der Haushalt 2008 sieht Ausgaben in Höhe von 283,2 Mrd. Euro vor. Die Ausgaben steigen gegenüber dem laufenden Jahr um 4,7 Prozent. Der mit Abstand größte Posten fließt in das Ressort Arbeit und Soziales, dessen Etat 124,4 Mrd. Euro umfasst.

Dies belegt: Soziale Verantwortung ist und bleibt Markenzeichen einer Politik, die entscheidend christlich-sozial mitverantwortet wird.

Die Investitionen werden bei 24,3 Mrd. Euro stabilisiert. Eine höhere Investitionsquote wäre sicher wünschenswert. Diese muss aber hart erarbeitet werden. Vordringlich notwendig ist hierzu eine Rückführung der Zinszahlungen in Höhe von

über 43 Mrd. Euro, die der Bund für seine Kreditverpflichtungen leisten muss. Umso schneller neue Schulden vermieden und die Zinslasten herunter gefahren werden, umso größer sind die für Zukunftsinvestitionen notwendigen Handlungsspielräume.

Sanieren mit Perspektive heißt deshalb die Überschrift für eine Haushaltspolitik, die auf die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung gerichtet ist.

#### Haushalt ohne Neuverschuldung eröffnet neue Perspektiven

Je früher ein Haushalt ohne Neuverschuldung erreicht ist, umso besser. Denn dann eröffnen sich auch wieder Perspektiven für Steuersenkungen. Nachdem die Politik in schwierigen Zeiten den Bürgern auch in steuerlicher Hinsicht einiges zugemutet hat, sollte sie ihnen in besseren Zeiten etwas zurückgeben.

Es muss deshalb legitim sein, sich bereits heute Gedanken über künftige Strategien zu machen. Die Bürger haben ein Recht zu erfahren, in welchem Maße die verschiedenen politischen Akteure künftig vorrangig, Steuern senken, Schulden abbauen oder Ausgabenprogramme auflegen wollen.

Die Perspektive der CSU-Landesgruppe für die nächste Legislaturperiode ist es jedenfalls, nach der Null-Neuverschuldung auch über Steuersenkungen und die Zukunft des Solidaritätszuschlags nachzudenken.

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,*

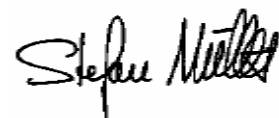
*die erste Hälfte der Wahlperiode steht im Zeichen erfreulicher politischer Erfolge für die Menschen in unserem Land. Auf dem Arbeitsmarkt, beim Wirtschaftswachstum und bei der Rückführung der Haushaltsdefizite ist die Trendwende geschafft. Diese Erfolge sind jedoch kein Selbstläufer. Die Festigung des Aufschwungs und des Beschäftigungsaufwuchses steht deshalb im Mittelpunkt der nächsten zwei Jahre.*



*Reformen werden akzeptiert, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen am Aufschwung teilhaben. Ein Aufschwung für Alle ist unser erklärtes Ziel. Mit den Ergebnissen der Kabinettsklausur vom Ende August, unserer Fraktionsklausur vom Wochenbeginn und der Aufnahme der Haushaltsberatungen für den Bundesetat 2008 haben wir den Kurs für weitere Erfolge klar abgesteckt.*

*Neben Projekten wie der Pflegereform, der mittelstands- und familienfreundlichen Reform der Erbschaftsteuer, Fragen der inneren Sicherheit und der Familienpolitik wollen wir alles daran setzen, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung über das bisher beschlossene Maß herabzusetzen. Statt von 4,2 auf 3,9 Prozent halten wir eine Absenkung auf 3,5 Prozent für solide finanzierbar. Diese weitere Senkung der Sozialbeitragslast bedeutete für Arbeitnehmer ein spürbares Plus bei den Nettolöhnen und wäre für die Unternehmen ein wichtiges Signal zur Schaffung von noch mehr neuen Arbeitsplätzen. Der Schaffung von mehr Beschäftigungschancen dient eine Neubewertung und Überarbeitung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums ebenso wie die weitere Stärkung der privaten Haushalte als Arbeitgeber. Besondere Impulse wollen wir im Bereich Geringqualifizierter, Langzeitarbeitsloser und zur Aktivierung zusätzlicher sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung setzen.*

*Mit freundlichen Grüßen*



Stefan Müller MdB

## EU-Kommission

## Neue Initiative in der „Antidiskriminierungspolitik“?

- Hinweis auf Online-Umfrage der EU-Kommission –

**Eine seit Anfang Juli EU-weit laufende Online-Konsultation der EU-Kommission zu weiteren Maßnahmen in der „Antidiskriminierungspolitik“ gibt Anlass zur Sorge. Nachdem bereits vor fast genau einem Jahr die Umsetzung entsprechender EU-Richtlinien in das „Allgemeine Gleichstellungsgesetz“ zu nicht unerheblichen Bürokratielasten in den Unternehmen geführt hat, stehen möglicherweise neue überflüssige und die Wirtschaft belastende EU-Regelungen ins Haus.**

Die CSU-Landesgruppe hat deshalb insbesondere Firmen und Institutionen, die sich bereits im Umfeld des letztjährigen Gesetzgebungsverfahrens besorgt an sie gewandt hatte, auf die aktuelle Online-Befragung hingewiesen und dazu aufgefordert, sich am laufenden Konsultationsprozess zu beteiligen. Die Reaktionen der Betroffenen lassen erkennen, dass diese CSU-Initiative auf ein ganz überwiegend positives Echo stößt.

Zwar hat die EU-Kommission noch nicht abschließend entschieden, ob sie weitere konkrete Initiativen zu

Richtlinien im Bereich des Diskriminierungsschutzes ergreifen wird. Allein das Ingangsetzen des laufenden Konsultationsprozesses lässt



allerdings befürchten, dass sich die EU-Kommission damit die Legitimation für weitere Richtlinien verschaffen will. So ist es ausdrückliches Ziel von EU-Kommissar Spidla, mit dem Anhörungsverfahren Diskriminierungstatbestände beispielsweise im Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungswesen zu identifizieren. Es wäre blauäugig anzunehmen, dass die EU-Kommission letztlich auf neuerliche Initiativen verzichten wird.

Für die CSU ist eine weitere Rechtsetzungstätigkeit der EU im Bereich der Antidiskriminierungspolitik nicht akzeptabel. Neue Richtlinien führen zu nichts weiterem als zu neuen Bürokratielasten. Die EU-Kommission sollte sich vielmehr darauf konzentrieren, überflüssige Regelungen abzubauen und komplizierte Regelungen praxistauglich zu machen. Dies wäre nicht zuletzt ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der EU-Akzeptanz bei den Bürgern, die in den letzten Jahren erheblich gelitten hat. Im Bereich Diskriminierungen bietet das deutsche Recht bereits heute eine Fülle von Schutzbestimmungen. Weitere von der EU übergestülpte Maßnahmen sind überflüssig.

### Hinweis:

Die Online-Konsultation dauert noch bis zum 15. Oktober und findet sich im Internet-Angebot der EU-Kommission unter:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=Discrimination&lang=DE>

### Diese Woche

1. Lesung Bundeshaushalt 2008  
**Haushalt ohne Neuverschuldung in Sicht** S. 1

EU-Kommission  
**Neue Initiative in der „Antidiskriminierungspolitik“?** S. 2

Rentenentwicklung  
**Deutliches Renten-Plus erwartet** S. 2

Terrorismusbekämpfung / „Online-Durchsuchungen“  
**Verzicht auf notwendiges Ermittlungsinstrument wäre fahrlässig** S. 3

Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag  
**Dr. Peter Ramsauer: Jetzt den Aufschwung festigen** S. 4/5

#### IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:  
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders  
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212  
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de  
internet: www.csu-landesgruppe.de

### Rentenentwicklung

## Deutliches Renten-Plus erwartet

**Der Wirtschaftsaufschwung wird sich im kommenden Jahr voraussichtlich auch in den Portemonnaies der Rentner spürbar bemerkbar machen. Nach Berechnungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft dürften die Renten im Sommer 2008 um ca. 1,7 Prozent ansteigen.**

Nachdem in diesem Sommer die Renten nach drei Nullrunden um bescheidene 0,54 Prozent erhöht wurden, wäre der Anstieg im nächsten Jahr der höchste seit 2002. Endgültig festgelegt wird die alljährliche Rentenanpassung im kommenden Frühjahr.

Für die Berechnung der Rentenanpassung maßgeblich ist die volkswirtschaftliche Lohnsumme, die angesichts des gegenwärtig zu verzeichnenden Lohnanstiegs in

weiten Teilen der deutschen Wirtschaft deutlich höher liegen wird als in den letzten Jahren. Weil zudem die Zahl der Renten-Beitragszahler aufgrund des raschen Abbaus der Arbeitslosigkeit aktuell schneller steigt als die Zahl der Rentner, bewirkt der sog. „Renten-Nachhaltigkeitsfaktor“ eine zusätzliche Erhöhung, so dass das Renten-Plus insgesamt bei ca. 1,7 Prozent liegen dürfte. Dies zeigt: Der Aufschwung kommt auch bei den 20 Millionen Rentnerinnen und Rentnern an.

## Terrorismusbekämpfung / „Online-Durchsuchungen“

### Verzicht auf notwendiges Ermittlungsinstrument wäre fahrlässig

**Die Verhaftung von drei dringend Terrorverdächtigen in der letzten Woche hat erneut gezeigt: Auch Deutschland befindet sich im Fadenkreuz radikal-islamistischer Terrorgruppen. Terror-Bekämpfung und Gefahrenabwehr dulden keinen Aufschub. Die Ermittlungsbehörden brauchen das Recht, Terrorverdächtige effizient zu überwachen, um massenmörderische Anschläge zu verhindern. Hierzu gehört auch der Bereich Internet, über den Terroristen mehr und mehr ihre konspirative Kommunikation abwickeln. Dass das Instrument „Online-Durchsuchung“ dabei hohen rechtsstaatlichen Anforderungen gerecht werden muss, ist selbstverständlich.**

Mit Wirkung zum 1. September 2006 wurde im Rahmen der Föderalismusreform dem Bund die Gesetzgebungskompetenz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus übertragen. In Umsetzung dieser neuen Zuständigkeit muss es jetzt darum gehen, die neuen Präventivbefugnisse des Bundeskriminalamtes im Bereich Terror-Bekämpfung und Gefahren-Abwehr mit Inhalten zu füllen und gesetzgeberisch zu verankern. Dazu gehören Befugnisse, die bereits den Länderpolizeien standardmäßig zur Verfügung stehen - u.a. die Telekommunikationsüberwachung, Wohnraumüberwachung und Rasterfahndung. Die aktuell diskutierten „Online-Durchsuchungen“ sollten als unverzichtbarer Bestandteil diesem Paket angehören.

#### Auf verändertes Informationsverhalten Terrorverdächtiger reagieren

Zunehmend entziehen sich Terrorverdächtige einer Observation, indem sie bei ihrer Kommunikation

auf technische Mittel wie Festnetz oder Mobiltelefon weitgehend verzichten. Entscheidendes Mittel des zunehmend konspirativen Infor-



mationsverhaltens ist das Internet. Dabei werden verdeckt Botschaften ausgetauscht und Kommunikation professionell verschleiert. Bei der Gefahrenabwehr gegenüber terroristischer Bedrohung ist es deshalb von entscheidender Bedeutung, in begrenzten Ausnahmefällen als ultima ratio in moderne Kommunikationsstrukturen eindringen zu können. Es könnte sich als fahrlässig erweisen, Bewegungsräume zu schaffen, wo die Sicherheitsbehörden keine Möglichkeit des Zugriffs hätten.

#### Hohe rechtsstaatliche Hürden selbstverständlich

„Online-Durchsuchungen“ werden auf engbegrenzte Ausnahmen beschränkt sein. Unbescholtene Bürger brauchen also keinerlei Befürchtungen vor unverhältnismäßigen Eingriffen in den Kernbereich ihrer persönlichen Lebensführung haben. Dies sichert schon die bestehende höchstrichterliche Rechtsprechung aus Karlsruhe. Die zu treffenden rechtsstaatlichen Hürden für „Online-Durchsuchungen“ umfassen strenge verfahrensrechtliche Vorkehrungen. So soll eine solche Maßnahme nur auf Antrag des Präsidenten des Bundeskriminalamtes durch ein Gericht angeordnet werden können. „Online-Durchsuchungen“ dürfen sich nur gegen einen bestimmten Personenkreis richten und auch nur dann, wenn die Abwehr der terroristischen Gefahr auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Die Anordnung ist grundsätzlich auf drei Monate zu befristen. Der Betroffene ist nach Abschluss der Maßnahme grundsätzlich zu benachrichtigen.

++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++

#### Türken gehen auf Distanz zum EU-Beitritt

Die türkische Bevölkerung wendet sich immer stärker von der Europäischen Union ab. Das belegt die Studie „Transatlantic Trends“, die der amerikanische German Marshall Fund (GMFUS) in dieser Woche vorstellte. So gaben die Türken auf einer „Wärmeskala“ von null (sehr negativ) bis 100 (sehr positiv) Grad ihren Wert für das Verhältnis zur EU nur noch mit 26 Grad an. Vor drei Jahren waren es noch 52 Grad.

Auch sind die Türken mit Blick auf den anvisierten EU-Beitritt deutlich skeptischer geworden. So glauben nur noch 26 Prozent, dass es zu einem EU-Beitritt überhaupt kommen wird.

#### Bayern Väter bundesweit an der Spitze

Bei der Inanspruchnahme des neuen Elterngeldes liegen bayerische Väter in Deutschland klar vorn. Im ersten Halbjahr sind 15,3 Prozent aller Anträge auf Elterngeld in Bayern von Vätern gestellt worden. Der bundesweite Durchschnitt liegt bei einem Väter-Anteil von ca. 7 bis 8 Prozent.

Die Länge der beruflichen Auszeit, für die bayerische Väter die seit Jahresbeginn neue Familienleistung in Anspruch nehmen, beträgt durchschnittlich 4,3 Monate. 14 Prozent der Väter wollen die bezahlte Elternzeit für ein komplettes Jahr nutzen, um sich der Kindererziehung zu widmen. Dies zeigt, dass die Attraktivität der „Babypause“ für Väter im als konservativ geltenden Bayern höher liegt als anderswo in der Republik. Merke: Vorsicht bei Vorurteilen! – Gleiches gilt übrigens für die Erwerbstätigkeit von Frauen. Auch sie liegt in Bayern höher als in jedem anderen Bundesland.

## Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag

## Dr. Peter Ramsauer: Jetzt den Aufschwung festigen

**In der Schlussrunde der Debatte zur Einbringung des Bundeshaushalts 2008 in die parlamentarischen Beratungen zog der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag eine positive Bilanz über die Arbeit der Großen Koalition in der ersten Hälfte dieser Wahlperiode. Die Wende zum Besseren sei eindeutig geschafft, betonte Dr. Peter Ramsauer. Zugleich mahnte er ein Festhalten am eingeschlagenen Kurs des Sanierens, Investierens und Reformierens an. Schließlich sei der erreichte Aufschwung kein Selbstläufer, sondern müsse gefestigt werden, damit er Allen zugute kommen könne.**

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Manuskript:

### Linke betreibt Tatsachenverdrehung

Auch wenn die Opposition das in den vergangenen Tagen heftig bestritten hat: Deutschland wird gut und erfolgreich regiert.

Ein empörendes Beispiel für Tatsachenverdrehung und das Schüren von Ängsten hat am Mittwoch Oskar Lafontaine geboten.

Empörend ist, was Herr Lafontaine und sein Fraktionskollege Dehm über die an der Mauer Ermordeten und das Leben in der Diktatur sagen. Mit Erich Honecker waren Sie besser Freund als fast alle in der DDR. Hätte man ihnen ein FDJ-Hemd angeboten – Sie hätten es ohne Not, aber sicher mit Stolz getragen!

Auf ein Parteiprogramm konnten sich PDS und WASG vor dem Zusammenschluss nicht einigen.

Die vorläufigen Eckpunkte versammeln alle linken Ladenhüter – bis hin zur Überführung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft in Gemeineigentum und anderen Wegen der Verstaatlichung.

Das wirtschaftspolitische Programm der Linken und die Forderungen Lafontaines vom Mittwoch kann nur verwirklichen, wer wieder eine Mauer bauen will – diesmal um ganz Deutschland.

Bitter für die alte SED um Lothar Bisky und Dietmar Bartsch ist doch: die Ausdehnung nach Westen hat vor allem dem Sarah-Wagenknecht-Flügel neue Kräfte zugeführt. Sie müssen jetzt Menschen resozialisieren, die immer an den Kommunismus geglaubt haben.

In der Geburtsstunde der Weimarer Republik haben sich Sozialdemokraten bemüht, den Menschen wieder eine Perspektive zu geben. Die linke Konkurrenz hat damals Aufruhr und Gewalt mobilisiert. Die Frage war, was zählt: die demokratische Mehrheit oder die Drohung der Gewalt. Wenn Herr Lafontaine heute den politischen Streik fordert, stellt er sich bei dieser Frage auf die Seite, auf der die Kommunisten standen: dorthin, wo eine Faust mehr zählt als eine Stimme.

### Wende zum Besseren erreicht

Wer ehrlich ist, gibt zu: Deutschland erlebt in den vergangenen zwei Jahren eine Wende zum Besseren für Wirtschaft und Arbeitsmarkt – eine gerade auf dem Arbeitsmarkt in diesem Ausmaß nicht erwartete Wende zum Besseren.

Die gesamtwirtschaftliche Bilanz weist in allen wichtigen Punkten schwarze Zahlen aus. Die Strategie von „Sanieren - Investieren - Reformieren“ ist erfolgreich. Schon aus diesem Grund hat sich das Wagnis der Großen Koalition gelohnt.

Die Zahl der Arbeitslosen und die Höhe der öffentlichen Defizite gehen zurück. Das Sozialprodukt und die Beschäftigtenzahlen legen zu. Die Sozialhaushalte haben ihre finanzielle Stabilität zurückgewonnen. Nach Jahren des vergeblichen Bangens und Hoffens hat unser Land endlich wieder Anlass, mit Vertrauen in die Zukunft blicken zu können.



Der wirtschaftliche Stimmungsumschwung hat sich auf breiter Front durchgesetzt. Dies ist wichtig für unser Land, denn mit Pessimismus und Verzagtheit kann niemand in der Champions League mitspielen.

### Den Aufschwung festigen

Die Reformbilanz der ersten Hälfte der Legislaturperiode stimmt positiv. Die Inangriffnahme der Haushaltskonsolidierung, die Unternehmensteuerreform, die Reform des Gesundheitswesens und die Rentenreform – dies alles kann sich trotz der Kritik an Detailfragen sehen lassen.

Der Haushaltsentwurf 2008 gibt wichtige Impulse zur Festigung des Aufschwungs. Ich verweise vor allem auf die Investitionen in Bildung und Forschung, in neue Technologien, in den Umweltschutz und den Verkehr.

Diese Wachstumsimpulse bleiben eingebettet in unsere erfolgreiche Wachstumsstrategie. Diese setzen wir konsequent fort:

- ◆ mit einer Reform der Pflegeversicherung, damit auch der vierte Pfeiler unseres Sozialsystems auf eine solide Grundlage gestellt wird,

- ◆ mit einer mittelstands- und familienfreundlichen Form der Erbschaftsteuer. Für die Betriebsübergänge sehe ich dabei nach wie vor keine erfolgversprechende Alternative zu dem im Koalitionsvertrag festgelegten Abschmelzmodell,
- ◆ mit einer Überarbeitung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, um noch zielgenauer für bessere Beschäftigungschancen für alle zu sorgen,
- ◆ mit einer weiteren Rückführung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags auf mindestens 3,5 Prozent, um die gesetzlichen Lohnzusatzkosten weiter zu reduzieren,
- ◆ mit einer die verkehrspolitische Verantwortung des Bundes während der Privatisierung der Bahn. Die von unserem Koalitionspartner vorgeschlagene neue Volksaktie ist interessant und sicher gut gemeint – aber nach dem Desaster mit der Telekom-Aktie vermutlich nicht sehr realistisch.

### Teilhabe Aller am Aufschwung sichern

Reformen werden akzeptiert, wenn alle am Aufschwung teilhaben können.

- ◆ Der Aufschwung kommt den Beschäftigten zugute, deren Arbeitsplätze zunehmend gesichert sind und die schon im laufenden Jahr spürbare Lohnzuwächse verzeichnen können.
- ◆ Der Aufschwung kommt bald auch den Rentnerinnen und Rentnern zugute, bei denen sich die Lohnzuwächse mit einer zeitlichen Verzögerung in steigenden Altersbezüge niederschlagen.
- ◆ Der Aufschwung kommt auch Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten zugute, die nur bei einem sich selbst tragenden Wachstum Chancen auf eine Beschäftigung vorfinden.

Der Aufschwung und die verbesserten Zukunftschancen kommen auch den jüngeren Generationen zugute. Damit der Aufschwung wirklich alle erreicht, werden wir unsere Bemühungen für eine bessere Bildung und Ausbildung verstärken. Diese Bemühungen können aber nur fruchten, wenn sich künftig wieder mehr Paare für Kinder entscheiden.

### Besonderer Akzent in der Familienpolitik

Die Große Koalition hat mit dem Erziehungsgeld und der steuerlichen Absetzbarkeit von Betreuungskosten wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Dies wird ergänzt durch die Vereinbarungen für den Ausbau der Krippenplätze und für ein Betreuungsgeld.

Ich kann nur wiederholen, was Frau Bundeskanzlerin Merkel am Mittwoch hierzu gesagt hat: „Wir wollen den Rechtsanspruch bis zum Jahr 2013 umsetzen. Wenn wir das geschafft haben, dann können wir uns auch wieder mit denen beschäftigen, die ihre Kinder zu Hause erziehen. Das heißt, prioritär bis 2013 ist erst einmal die Betreuung der Kinder unter drei; das ist die klare Vereinbarung. Danach machen wir einen weiteren Schritt und sagen: auch diejenigen, die sich anders entscheiden, bekommen ein Betreuungsgeld“.

In Erinnerung rufen möchte ich auch, was Bundesfamilienministerin von der Leyen zu diesem Thema gestern hier gesagt hat: „Wir haben vereinbart, dass ab 2013 ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung besteht und ein Betreuungsgeld eingeführt wird. Es ist wichtig, dass sich Eltern darauf verlassen können, dass sie Beruf und Kindererziehung miteinander vereinbaren können. Es ist mir ebenso wichtig, dass wir die Erziehung von Kindern zu Hause in hohem Maße wertschätzen.“

Ich begrüße nachdrücklich diese Aussagen zum Thema Elterngeld und füge hinzu: Dieser weitere Schritt wird auch gesetzgeberisch klar zum Ausdruck gebracht werden.

### Haushalt ohne neue Schulden eröffnet neue Perspektiven

Jeder Finanzminister ist sicherlich gut beraten, sich am Prinzip der kaufmännischen Vorsicht zu orientieren. Dennoch sprechen die wichtigsten Argumente für Zuversicht: Wir haben die Chance, noch im laufenden Jahrzehnt einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Wir gewinnen die am Anfang des Jahrzehnts verloren gegangenen finanzpolitischen Handlungsspielräume zurück.

Hält diese Entwicklung an und sind die öffentlichen Haushalte wieder im Lot, dann wird man über neue steuerpolitische Schwerpunkte sprechen müssen.

Nicht nur die Jüngeren erwarten zu Recht, dass wir die Schuldenspirale beenden: Erst neue Schulden weg, dann Steuern senken! Wer weitere Schulden macht, wird Steuern nicht senken können, weil die Zinslast weiter wächst. Und weil wir Steuern senken wollen, werden wir alles daran setzen, so schnell wie möglich einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Sollte es zu der von mir befürworteten Tarifreform kommen, dann wird auch der Solidaritätszuschlag auf der Tagesordnung stehen. Damit wird nicht am Solidarpakt und an der Solidarität zwischen den alten und den jüngeren Bundesländern gerüttelt. Die Solidarpakthilfen werden aus den laufenden Haushalten finanziert. Schon allein ihre degressive Ausgestaltung spricht für eine Rückführung des Soli.

Ein noch größerer Schritt zu mehr Transparenz wäre – in Anlehnung an die Ergänzungsabgabe der 70er Jahre – der Einbau des Soli in den allgemeinen Tarif. Dann tritt die tatsächliche Höhe der Steuersätze ins Bewusstsein.

### Große Koalition wird Arbeit beharrlich fortsetzen

Auch wenn wir in diesen und manchen anderen Fragen längst nicht einer Meinung sind: Die Partner der Großen Koalition werden den Koalitions-Vertrag umsetzen. Der Vorrat an Gemeinsamkeiten ist zwar nicht unbegrenzt, aber doch ausreichend, um den Abgeordneten von SPD, CDU und CSU Vollbeschäftigung zu garantieren.

Wir haben allen Anlass, wieder mit Optimismus in die Zukunft zu blicken. Innerhalb der Europäischen Union haben wir wieder die Rolle der Wirtschaftslokomotive eingenommen. In der weltweiten Klimadebatte hat unsere Stimme Gewicht. Zusammen mit Frankreich wollen wir wieder zum Motor des europäischen Projekts werden.